



# Kinderreport Deutschland 2024

Demokratiebildung in Deutschland

Zusammenfassung

## Erhebung und Untersuchungsdesign

Für den diesjährigen Kinderreport wurden im Januar 2024 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes vom Meinungs- und Politikforschungsinstitut Verian (ehemals Kantar Public) zwei Erhebungen durchgeführt: Befragt wurden 666 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 17 Jahren sowie 1.006 Erwachsene (deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren). Die Erhebung unter Kindern und Jugendlichen wurde wie bereits in den Vorjahren als Online-Befragung durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 02. bis 16. Januar 2024. Die Befragung der Erwachsenen wurde wiederum als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage konzipiert und vom 09. bis 10. Januar 2024 durchgeführt. Alle Fragen wurden Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen gleichermaßen gestellt, allerdings wurde den Kindern und Jugendlichen ein Fragebogen mit Formulierungen vorgelegt, die der Altersgruppe angepasst worden waren.

Mithilfe der parallelen Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, dieses Mal mit dem Themenschwerpunkt Demokratiekompetenz und Demokratiebildung in Deutschland. Damit wird ein vertiefender Blick auf diesen kinder- und familienpolitisch wichtigen Bereich geworfen. Im Einzelnen wurde abgefragt, ob der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zugetraut wird, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen und ob es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Gefragt wurde auch, welche Kompetenzen hilfreich sind, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, und ob Kinder und Jugendliche über diese aktuell verfügen.

Weiterer Befragungsschwerpunkt waren Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit bei den Kindern und Jugendlichen. Schließlich wurde nachgefragt, welche gesellschaftlichen Akteur\*innen die Hauptverantwortung für die Demokratieerziehung der Kinder und Jugendlichen tragen und welche Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei der jungen Generation geeignet sind.

Die Befragungen zum Kinderreport 2024 fanden statt in einer Zeit großer politischer Unsicherheiten. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundeshaushalt 2024 und damit einhergehenden Sparzielen der Bundesregierung auch im Bereich der Kinder- und Familienpolitik sowie dem gleichzeitig seit längerer Zeit zu beobachtenden Erstarken von Parteien und Positionen am rechten Rand des politischen Spektrums sehen viele Menschen in Deutschland die Demokratie zunehmend gefährdet. Diese Befürchtung geht einher mit einem zunehmenden Vertrauensverlust vieler Bürger\*innen in die Problemlösungskompetenz der Politik.

## Verantwortung für die Demokratie übernehmen

In die Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation haben die erwachsenen Befragten aktuell mehrheitlich Vertrauen: Gut zwei Drittel (67 Prozent) trauen der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen. Allerdings zeigt sich ein knappes Drittel (30 Prozent) in dieser Frage eher skeptisch. Befragungen in Vorjahren kamen zu ähnlichen Ergebnissen: Das Zutrauen der Erwachsenen in die junge Generation lag bei dieser Frage im Dezember 2016 (für den Kinderreport 2017) bei 64 Prozent, im August/September 2019 (zum Weltkindertag 2019) bei 69 Prozent.

Die Kinder und Jugendlichen sind bei dieser Frage skeptischer. Hier trauen nur 54 Prozent der Befragten der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen, 23 Prozent trauen es ihnen nicht zu. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist zu beachten, dass ebenfalls 23 Prozent der Kinder und Jugendlichen bei dieser Frage „Weiß nicht“ angegeben oder keine Angabe gemacht haben. Die selbstkritische Haltung der Jugendlichen muss auch im Zusammenhang mit den besonderen Herausforderungen gesehen werden, denen sie sich in Zukunft stellen müssen.

## Politische Schlussfolgerungen

Wenn rund ein Drittel der befragten Erwachsenen Skepsis mit Blick auf die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen äußert, ist dies ein besorgniserregender Befund, vor allem vor dem Hintergrund, dass es Aufgabe der jetzigen Erwachsenengeneration ist, die nachfolgende Generation auf diese wichtige Aufgabe vorzubereiten. Denn Erwachsene sind es, die Kindern und Jugendlichen das Wissen über und vor allem die Bedeutung um unsere Demokratie näherbringen müssen. Sie sollten Kinder und Jugendliche darin bestärken, unsere Demokratie erhalten, wertschätzen zu können und politische Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden.

Damit dies erfolgreich gelingen kann, braucht es neben der Vermittlung von Demokratiekompetenzen auch ein verstärktes Vertrauen in Kinder und Jugendliche, diese Aufgabe praktisch stemmen zu können. Demokratie kann letztlich nur durch tatsächliche demokratische Teilhabe gelernt werden. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf niedrigschwellige Angebote für demokratische Teilhabe zu legen, um auch mit Menschen in Kontakt zu kommen, die von den bisherigen Angeboten politischer Bildung aufgrund von Hemmschwellen nicht erreicht werden.

Es bleibt eine vorrangige Aufgabe von Parteien, Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen, Demokratie-Skepsis ernst zu nehmen, diese konstruktiv abzubauen, Vertrauen zu schaffen und sich dabei für die junge Generation zu öffnen und Formate der Mitbestimmung und Repräsentation junger Menschen zu schaffen. Zudem muss eine Antwort der Politik auf die selbstkritische Haltung junger Menschen im Hinblick auf die Demokratiekompetenzen ihrer eigenen Generation darin bestehen, dieser nachwachsenden Generation gute Bildungschancen zu eröffnen und sie stärker am politischen Diskurs zu beteiligen.

## Kompetenz von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen

54 Prozent der Erwachsenen sind der Auffassung, dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, 43 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Insbesondere Erwachsene mit einem niedrigen Haushaltseinkommen sind der Auffassung, dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben (65 Prozent), während bei den Befragten mit hohem Haushaltseinkommen nur 50 Prozent dieser Meinung sind. Fehlende Kompetenzen in dieser Frage sehen auch die Befragten in kleinen Kommunen überproportional oft (62 Prozent).

Auch die befragten Kinder und Jugendlichen sind überwiegend der Ansicht (48 Prozent), dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, 30 Prozent sind nicht dieser Auffassung. Dabei ist wie bei der ersten Frage zu beachten, dass 22 Prozent der Kinder und Jugendlichen bei dieser Frage „Weiß nicht“ angegeben oder keine Angabe gemacht haben. Mädchen sind etwas häufiger der Ansicht als Jungen, dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben (51 zu 46 Prozent), ebenso Gesamtschüler\*innen und Hauptschüler\*innen eher als Gymnasiasten (57 und 52 Prozent zu 44 Prozent).

### Politische Schlussfolgerungen

Dass sowohl die erwachsenen als auch minderjährigen Befragten mehrheitlich fehlende Kompetenzen zur Teilhabe an demokratischen Prozessen bei Kindern und Jugendlichen bemängeln, ist ein deutliches Signal an Politik und Gesellschaft größere Anstrengungen zur Kompetenzvermittlung zu unternehmen, sei es über die reine Wissensvermittlung, praktische Beteiligungserfahrungen im Bildungssystem oder auch die Stärkung der Beteiligungskultur in Familien. Insbesondere in Familien kann und muss Beteiligung erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, sie Aushandlungsprozesse kennen lernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird.

Zusätzlich ist es jedoch eine dringende politische Aufgabe, Eltern beispielsweise durch Angebote der überparteilichen politischen Bildung bei der Demokratiebildung in der Familie zu unterstützen. Dabei sollten die Ansätze politischer Bildung für Familien eine breite Zielgruppe in den Blick nehmen, insbesondere bei bildungsfernen Familien möglichst niedrigschwellig ansetzen und vor allem unabhängig von regionalen Unterschieden abgesichert werden. Über die gängigen Informationswege politischer Bildung (Nachrichtenwesen, unterrichtsorientierte Bildungsmaterialien) hinaus, braucht es demgemäß alternative Zugänge zu diesen Zielgruppen, etwa über Soziale Medien oder Entertainment-Formate.

Darüber hinaus muss Beteiligung im Schulalltag und in der Kita aktiv gelebt werden: Es ist wichtig sicherzustellen, dass alle Schüler\*innen sowie Kita-Kinder über ihre Beteiligungsrechte informiert werden, diese gut kennen und vor allem praktizieren können. Kinderrechte sollten obligatorischer Bestandteil in den Bildungsplänen der Kitas und Rahmenlehrplänen der Schulen in allen Bundesländern sein. Für den Bildungsalltag müssen didaktische Materialien zur Vermittlung von Kinder- und Beteiligungsrechten in der Kita oder Schule entwickelt und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.



## Fähigkeiten von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen

Bei der Zuschreibung verschiedener Kompetenzen im Hinblick auf die Teilhabe an demokratischen Prozessen sind die befragten Erwachsenen vor allem der Meinung, dass die junge Generation über entsprechendes Selbstvertrauen verfügt. 73 Prozent insgesamt sind dieser Auffassung. Nach Auffassung der Mehrheit der Erwachsenen (59 Prozent) verfügen Kinder und Jugendliche auch über ausreichende Konfliktbereitschaft. Eine knappe Mehrheit (50 Prozent) ist auch der Ansicht, dass Kinder und Jugendliche über ein ausreichendes Maß an Informiertheit verfügen, 47 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Dass Kinder und Jugendliche über Verständnis für Sichtweisen anderer verfügen, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, meinen 42 Prozent der Erwachsenen, 55 Prozent sehen das nicht so. Nur knapp vier von zehn der befragten Erwachsenen (39 Prozent) schreibt den Kindern und Jugendlichen ausreichende Kompromissfähigkeit zu. Und lediglich 22 Prozent der Erwachsenen sind der Auffassung, dass die junge Generation über Ausdauer und Geduld verfügt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben.

50 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen sind bei der Zuschreibung von Fähigkeiten, die für die Beteiligung an demokratischen Abläufen wichtig sind, der Meinung, dass es der jungen Generation meist leichtfällt, bei Problemen gemeinsam mit anderen eine Lösung zu finden. 29 Prozent stimmen dem nicht zu. Zugleich sind 48 Prozent der Meinung, dass sich Kinder und Jugendliche bei unterschiedlichen Meinungen meist einigen können. Nach Meinung von 47 Prozent der Befragten haben Kinder und Jugendliche meistens Vertrauen in sich selbst. Dass sich Kinder und Jugendliche meistens gut in andere hineinversetzen können, sagen 32 Prozent. Lediglich 16 Prozent der Kinder und Jugendlichen stimmen der Aussage zu, dass die junge Generation meistens die nötige Geduld bei demokratischen Abläufen hat. Und nur 9 Prozent sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche ausreichend Bescheid wissen über demokratische Abläufe, 71 Prozent sind gegenteiliger Auffassung.

## Politische Schlussfolgerungen

Es ist kritisch zu sehen, dass es laut den Befragten Kindern und Jugendlichen an Informiertheit fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Vor allem bei den befragten Kindern und Jugendlichen ist nur ein erschreckender kleiner Teil der Meinung, ausreichend informiert zu sein. Hier muss politisch und gesellschaftlich dringend angesetzt werden. Dazu bedarf es neben einer flächendeckend ausgebauten politischen Bildung insbesondere Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche lebensweltnah und zielgruppengerecht über politische Prozesse und politische Themen informieren. Gerade mit sozialen Medien lassen sich junge Menschen zu diesem Zweck gut ansprechen.

Zudem sind eigene Selbstwirksamkeitserfahrungen der Schlüssel, um sich demokratisch beteiligen zu können. Wenn Kinder lernen, dass sie ernst genommen werden, wenn sie das Wort ergreifen, gewinnen sie Vertrauen in ihr eigenes Handeln. Der Ausbau von lokalen, regionalen und nationalen Beteiligungsstrukturen ist vor diesem Hintergrund dringend angezeigt. Auf den politischen Ebenen sollten direkte und stellvertretende Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche gesetzlich festgeschrieben sowie stärker und nachhaltig (finanziell) unterstützt und gefördert werden. Zudem kann abhängig von den vorhandenen Strukturen die Beteiligung in Form von Kinder- und Jugendbeauftragten geschehen und/oder über die stärkere

Unterstützung und Verbreitung von kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten. Weiter sind flankierende Maßnahmen zur Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung umzusetzen: Dazu gehören die Produktion, Bereitstellung und Verbreitung von Informationen und Arbeitsmitteln, z.B. in Form von methodischen Materialien, Modellprojekten und Schulungen wie auch die Vernetzung der Akteure durch Fachtage und digitale Plattformen sowie die Absicherung fachlich erarbeiteter Qualitätsstandards im Hinblick auf gute Angebote der demokratischen Teilhabe junger Menschen.

## Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit

Den Hauptgrund für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit sehen die Erwachsenen (81 Prozent) darin, dass in der Gesellschaft insgesamt die Fähigkeiten für ein respektvolles Miteinander und die Offenheit für unterschiedliche Meinungen abnehmen. Dass Kinder und Jugendliche sich und ihre Interessen von den politisch Verantwortlichen nicht angemessen vertreten fühlen und die Demokratie dadurch bei der jungen Generation an Zustimmung verliert, meinen 77 Prozent der Erwachsenen. Nach Ansicht von 68 Prozent der Erwachsenen sind Kinder und Jugendliche in Deutschland frustriert, weil ihre Interessen in der Gesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt werden. 66 Prozent der Erwachsenen sind der Meinung, dass politische Bildungsangebote nicht ausreichend auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind, und dass die Demokratie bei der jungen Generation deshalb an Zustimmung verliert.

Für ebenfalls 66 Prozent sind fehlende Vorbilder für demokratisches Engagement in dieser Frage ausschlaggebend. 63 Prozent der Erwachsenen sind der Ansicht, dass es Kindern und Jugendlichen an Geduld fehlt, Ergebnisse aus demokratischen Prozessen abzuwarten. Dass Kindern und Jugendlichen die Motivation fehlt, sich demokratisch zu engagieren, und dass die Demokratie bei der jungen Generation deshalb an Zustimmung verliert, meinen 55 Prozent der Erwachsenen. Fast ausgeglichen ist bei den Erwachsenen die Auffassung, dass politische Parteien jungen Menschen zu wenig Chancen für politisches Engagement bieten. Für 47 Prozent trifft das eher zu, für 44 Prozent eher nicht. Und nur 30 Prozent der Erwachsenen sind der Ansicht, dass Kinder und Jugendliche kein Interesse daran haben, ihre Anliegen zu äußern.

88 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen sind der Meinung, dass die junge Generation heute weniger mit der Demokratie zufrieden ist, weil sich die Menschen in Deutschland insgesamt immer weniger mit Respekt begegnen und weniger offen für unterschiedliche Meinungen sind. Dass sich die Politiker\*innen nicht genug für ihre Interessen einsetzen, meinen 86 Prozent der Kinder und Jugendlichen. 81 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Ansicht, dass die junge Generation heute weniger mit der Demokratie zufrieden ist, weil die Informationen zu Politik für Kinder und Jugendliche meistens uninteressant sind. Dass Kinder und Jugendliche frustriert sind, weil ihre Interessen in Deutschland nicht genug beachtet und berücksichtigt werden, meinen 77 Prozent der Befragten.

Ein weiterer wesentlicher Grund, dass die junge Generation heute weniger mit der Demokratie zufrieden ist, liegt nach Auffassung der Kinder und Jugendlichen (77 Prozent) darin, dass es für sie kaum Vorbilder für demokratische Beteiligung und den Einsatz für die Demokratie gibt. Dass die junge Generation heute weniger mit der Demokratie zufrieden ist, liegt nach Meinung von 73 Prozent der Kinder und Jugendlichen daran, dass es in der Politik oft zu langsam geht. 72 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die politischen Parteien Kindern und Jugendlichen zu wenig Möglichkeiten bieten sich politisch zu beteiligen. Dass die junge Generation häufig nicht daran interessiert ist, ihre Wünsche und Anliegen anderen mitzuteilen, meinen nur 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen.

## Politische Schlussfolgerungen

Dass sowohl die befragten Kinder und Jugendlichen als auch die befragten Erwachsenen in einer Abnahme der Fähigkeit für ein respektvolles Miteinander sowie Offenheit für unterschiedliche Meinungen den Hauptgrund für die geringe Zufriedenheit mit der Demokratie sehen ist bezeichnend. Dies zeigt einerseits die oft unterschätzte Bedeutung des gesellschaftlichen Miteinanders für die Demokratie, andererseits unterstreicht dieses Stimmungsbild die aktuell zunehmend beschriebene „Verrohung“ des politischen Diskurses, die für den Erhalt der Demokratie schädlich wirkt. Es muss gleichzeitig als ein Warnsignal interpretiert werden, wenn ein Großteil der Kinder und Jugendlichen den fehlenden Einsatz von Politiker\*innen für ihre Interessen als Hauptgrund für eine sinkende Zufriedenheit mit der Demokratie ausmacht.

Um zu verhindern, dass sich Kinder und Jugendliche von der repräsentativen Demokratie langfristig abwenden, müssen Politiker\*innen die Interessen jüngerer Menschen daher in der Politik stärker berücksichtigen. Dabei sollten die Kinder und Jugendlichen selbst mit ihren Bedürfnissen der Ausgangspunkt der Überlegungen sein. Entsprechend Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention müssen Kinder und Jugendliche gefragt und eingebunden werden, um ihre Interessen tatsächlich zu kennen und zu gewährleisten. Bisher ist dies aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes jedoch nur sehr unzureichend der Fall. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte daher verbindlich und flächendeckend in den kommunalen Gesetzgebungen und Landesverfassungen verankert sowie durch geeignete Ausbildungen die Mitarbeiter\*innen in entsprechenden Beteiligungsprozessen geschult werden.

Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass sich Parteien jungen Menschen gegenüber stärker öffnen. Sie müssen zudem stärker als bislang angehalten werden, Kinder und Jugendliche in ihren Programmen zu berücksichtigen und ihnen dann auch im praktischen Politikalltag, in der Regierungsverantwortung eine angemessene Bedeutung zu verleihen. Dies gilt einerseits im Hinblick auf Positionen und Ziele im Handlungsfeld Kinder- und Jugendpolitik sowie junge Menschen betreffende Regulierungsbereiche. Andererseits ist damit aber auch die Erreichung der Zielgruppe junger Menschen mit den jeweiligen Parteiprogrammen gemeint. Soziale Medien können dabei einen guten Anknüpfungspunkt für Parteien bieten. Sie sind integraler Bestandteil des Alltagslebens von Kindern und Jugendlichen und können damit ein wichtiger Raum für politische Partizipation werden sowie demokratische Teilhabe erleichtern.

Gerade im Hinblick auf junge Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau ist ein schnelles und umfassendes Handeln seitens der Politik angezeigt. Denn sie geben deutlich häufiger an, dass eine sinkende Zufriedenheit mit der Demokratie sich durch Frustrationserfahrungen, fehlende Beachtung ihrer Interessen, einem Mangel an Vorbildern, fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb von Parteien und in der Folge fehlende Lust sich zu beteiligen begründet. Diese Aussagen spiegeln also in der Summe ein Gefühl des Abgehängt Seins wider, für das sich auch in anderen Umfragen Hinweise finden und dem dringend entgegengewirkt werden muss.



## Verantwortung für die Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen

Für 85 Prozent der Erwachsenen trägt hauptsächlich das familiäre Umfeld die Verantwortung dafür, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Damit fällt dieser Wert gegenüber 2017 um 5 Prozent und gegenüber 2019 um 3 Prozent geringer aus. Eine wesentliche Rolle bei der Demokratieerziehung wird auch den Bildungseinrichtungen zugesprochen: Rund zwei Drittel (65 Prozent gegenüber 69 Prozent in 2019 und 65 Prozent in 2017) der erwachsenen Bevölkerung sind dieser Ansicht. Politischen Parteien wird aktuell häufiger (16 Prozent gegenüber 7 Prozent 2019 und 10 Prozent 2017) die Verantwortung dafür zugeschrieben, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Auf niedrigen Werten verharren in dieser Frage nach wie vor Sportvereine (9 Prozent), Kinder- und Jugendverbände (6 Prozent) sowie die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit (5 Prozent).

Die Kinder und Jugendlichen hingegen sehen die Hauptverantwortlichkeit bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten, anders als die Erwachsenen, bei Schule und Kita (73 Prozent). Für 60 Prozent trägt hauptsächlich das familiäre Umfeld die Verantwortung dafür, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Auch Kinder- und Jugendverbände (19 Prozent) sollten nach Ansicht der jungen Generation demokratische Spielregeln vermitteln. 19 Prozent sind dieser Ansicht. Politische Parteien sehen die Kinder und Jugendlichen in einem sehr ähnlichen Umfang (15 Prozent) wie die Erwachsenen in der Verantwortung in dieser Frage. Die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sehen die Kinder und Jugendlichen (15 Prozent) wesentlich häufiger in der Pflicht als die Erwachsenen, während es bei der Verantwortungszuweisung an die Sportvereine eine sehr große Übereinstimmung zwischen der jungen Generation (8 Prozent) und den Erwachsenen (9 Prozent) gibt.

### Politische Schlussfolgerungen

Es ist eine wichtige Aufgabe der Eltern, ihr Erziehungsprivileg stärker im Sinne der Demokratieerziehung wahrzunehmen. Diese Verantwortung kann und sollte ihnen niemand abnehmen. Orientierende, generationsübergreifende Gespräche können hier eine Schlüsselbedeutung für den Demokratietransfer auf die nächste Generation annehmen. Partizipation kann und muss in der Familie erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, Aushandlungsprozesse kennen lernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Zusätzlich ist es jedoch eine politische Aufgabe, Eltern beispielsweise durch Angebote der politischen Bildung bei der Demokratieerziehung in der Familie zu unterstützen. Dabei sollten die Ansätze politischer Bildung für Familien eine breite Zielgruppe in den Blick nehmen und insbesondere bei bildungsfernen Familien möglichst niedrigschwellig ansetzen. Über die gängigen Informationswege hinaus, braucht es demgemäß alternative Zugänge, etwa über Soziale Medien oder Entertainment-Formate.

Kinder und Jugendliche sollten im schulischen Bildungssystem durch Mitbestimmung an demokratische Prozesse herangeführt werden und darüber demokratische Praktiken erlernen. Dabei geht es nicht nur um partielle Mitbestimmung, sondern

vielmehr um eine demokratische Schulkultur als Ganzes, die Mitbestimmung der Kinder etwa bei der Mitgestaltung von Unterrichtsplanungen, der Unterrichtsmethoden und der Bewertung. Daneben sollte zeitlicher Raum im Schulalltag für die Arbeit von Schüler\*innen-Vertretungen geschaffen und Schüler\*innen die Möglichkeit gegeben werden, in allen entscheidungsbefugten Gremien mit Stimmrecht vertreten zu sein. Ziel sollte es darüber hinaus sein, für öffentliche Institutionen wie Schule und Kita Qualitätsstandards in Sachen Demokratiebildung zu etablieren, die inhaltliche wie Beteiligungsaspekte aufgreifen. All dies sind Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die durch eine entsprechend verbindliche Bildungsgesetzgebung unterstützt werden müssen. Das Deutsche Kinderhilfswerk setzt sich daher bundesweit dafür ein, Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Schulalltag als verbindlichen Aspekt in Schulverfassungen und Schulgesetzen zu verankern.

Es ist dabei wichtig, Demokratieförderung als ganzheitliche Aufgabe zu verstehen. In Kita wie Schule müssen die Eltern bei der Etablierung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen mitgedacht und mitgenommen werden. Denn es nützt wenig, wenn ein Kind zwar in der Einrichtung Mitbestimmung erlebt, Mitbestimmung zuhause aber verwehrt bleibt – oder umgekehrt. Stärker als bislang sollten sich Kitas und Schulen daher auch als Sozialräume und Bildungsorte für die ganze Familie verstehen, an denen wichtige Angebote für Eltern angedockt werden können. Bei dieser Aufgabe sind sie von Kommunen, Trägerstrukturen sowie Einrichtungen beispielsweise politischer Bildung tatkräftig zu unterstützen.

## Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen

Bei den Erwachsenen (89 Prozent) wird ein verstärkter Austausch zu aktuellen politischen Ereignissen im Schulunterricht als wichtigste Maßnahmen angesehen, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. Ebenfalls 89 Prozent halten die Förderung sozialer Begegnungsmöglichkeiten, beispielsweise in Form von Stadtteilzentren oder Jugendfreizeiten, für eine sinnvolle Maßnahme, 86 Prozent mehr Geld, um den Erhalt und Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit finanziell abzusichern. Politische Bildung als Pflichtfach in der Ausbildung von Lehrer\*innen und Erzieher\*innen halten in dieser Hinsicht 82 Prozent für eine sinnvolle Maßnahme.

Die stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik, beispielsweise durch unabhängige Kinder- und Jugendbeauftragte, befürworten 78 Prozent der befragten Erwachsenen. Nahezu ausgeglichen ist die Meinung bei den Erwachsenen bei der Frage, ob politische Bildung schon ab der Grundschule eine sinnvolle Maßnahme ist, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. 48 Prozent sehen das als sinnvoll an, 50 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft durch verbindliche Beteiligungsverfahren bei politischen Entscheidungen halten 47 Prozent der Erwachsenen für sinnvoll, 48 Prozent hingegen nicht. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wird schließlich nur von 28 Prozent der Erwachsenen als sinnvolle Maßnahme angesehen, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern.

Aus Sicht der befragten Kinder und Jugendlichen (92 Prozent) sollte es vor allem mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit geben, zum Beispiel für Jugendclubs, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. 91 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Auffassung, dass die Interessen der jungen Generation stärker in der Politik berücksichtigt werden sollten. Und 89 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Ansicht, dass im Schulunterricht mehr über aktuelle politische Ereignisse gesprochen und diese erklärt werden sollten. Dass es mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche geben sollte, sich zu treffen, zum Beispiel mehr Stadtteilzentren und mehr Jugendfreizeiten, meinen 87 Prozent der jungen Generation.

Um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern, sprechen sich 78 Prozent der Kinder und Jugendlichen dafür aus, dass Politik und Demokratie in der Ausbildung von Lehrer\*innen und Erzieher\*innen eine größere Rolle spielen sollten. 71 Prozent sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland bei politischen Entscheidungen mehr mitbestimmen dürfen sollten. Immerhin noch 57 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Meinung, dass die Themen Politik und Gesellschaft schon in der Grundschule behandelt werden sollten. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wird schließlich von 49 Prozent der Kinder und Jugendlichen als positiv angesehen, 37 Prozent sehen das nicht so.

## Politische Schlussfolgerungen

Im Hinblick auf die Bedürfnisse junger Menschen wäre es ein wichtiger Schritt, den Anteil der Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe wieder zu steigern, statt kontinuierlich abzusinken. Zumal die Anforderungen, was Kinder- und Jugendarbeit leisten kann und soll, stetig steigen. Ohne die notwendigen personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen kann Kinder- und Jugendarbeit ihre Rolle als Akteur der Demokratiebildung nicht effektiv wahrnehmen. Das ist insbesondere auch für die Erreichung der von Armut betroffenen Kinder und ihrer Familien von Bedeutung, für die etwa Jugendzentren, Ferienmaßnahmen oder andere Angebote wichtige Anlaufstellen sind. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes die Möglichkeit, demokratische Überzeugungen niedrigschwellig zu vermitteln und zu fördern, eine breite Zielgruppe zu erreichen und damit außerhalb der klassischen Bildungsinstitutionen eine wichtige unterstützende Funktion einzunehmen.

Grundsätzlich kommt aber auch der frühen Vermittlung politischer Bildung in Kitas und Grundschulen eine zentrale Rolle zu. Das Deutsche Kinderhilfswerk plädiert diesbezüglich nicht für ein zusätzliches Schulfach, das den Kindern im ohnehin vollen Stundenplan weitere Aufgaben aufbürdet und Demokratiebildung zur reinen Pflichtlektüre verkommen ließe. Vielmehr gilt es, eine gelebte Mitbestimmungskultur im Sinne praktischer Erfahrungen von Meinungsbildung und gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Hierfür braucht es Fortbildungen für Fachkräfte in Grundschulen und Kitas, um geeignete spielerische, partizipatorische Elemente zu erlernen, die insbesondere auch in den Unterricht der Kernfächer integriert werden können. Schule als Ganzes – und damit insbesondere auch Schul- und Kitaleitungen – muss sich des Themas annehmen, um Demokratiebildung und -erziehung nachhaltig als positive, alltagsnahe Erfahrung im Schul- und Kitaalltag zu verankern.

Im Gegensatz zu Erwachsenen bewerten Kinder und Jugendliche Mitbestimmungsmöglichkeiten als deutlich wichtiger für die Förderung demokratischer Kompetenzen. So wird die Absenkung des Wahlalters von den Kindern und Jugendlichen als bedeutender eingeschätzt als Erwachsene dies tun. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Kinder und Jugendliche der Förderung demokratischer Überzeugungen über praktische Beteiligungs- und Mitspracheerfahrungen mehr oder zumindest gleichwertige Bedeutung beimessen wie der reinen Wissensvermittlung. Für eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik ist es dringend geboten, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlich in den kommunalen Gesetzgebungen und Landesverfassungen zu verankern sowie durch geeignete Ausbildungen die Mitarbeiter\*innen in entsprechenden Beteiligungsprozessen zu schulen. Sowohl auf der Landes- als auch auf kommunaler Ebene sollten direkte und stellvertretende Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche gesetzlich festgeschrieben sowie stärker und nachhaltig (finanziell) unterstützt und gefördert werden. Das kann abhängig von den vorhandenen Strukturen im jeweiligen Bundesland in Form von Kinder- und Jugendbeauftragten geschehen und/oder über die stärkere Unterstützung und Verbreitung von kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten. Die Einrichtung einer Fach- und Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung, die von der Landesebene ausgehend die Kommunen bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen berät und unterstützt, ist wiederum in jedem Bundesland sinnvoll. In den Kommunen sollten des Weiteren kindgerechte Strukturen entwickelt werden, bspw. in Form von für das Thema Beteiligung und Kinderrechte zuständigen Stabsstellen oder mandatierten Fachämtern bzw. ämterübergreifenden Arbeitsgruppen.